

Telefon: 0 233-22678
Telefax: 0 233-24769
Telefon: 0 233-48715
Telefax: 0 233-48849

Sozialreferat
Amt für Soziale Sicherung
S-I-SIB/FA
S-I-LS

Aufträge aus dem Münchner Armutsbericht 2011

Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 05077

Bekanntgabe in der Sitzung des Sozialausschusses vom 14.04.2016

Öffentliche Sitzung

I. Vortrag der Referentin

Der Münchner Armutsbericht 2011 und seine Handlungsempfehlungen wurden der Vollversammlung des Stadtrats am 28.11.2012 zur Kenntnis vorgelegt (Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 10203). Darüber hinaus wurden gemäß dem Antrag der Referentin zu den Handlungsempfehlungen Aufträge an die Verwaltung beschlossen.

Alle diese Handlungsempfehlungen wurden aufgegriffen. Die Ergebnisse werden in der heutigen Sitzung des Sozialausschusses bekanntgegeben.

Langzeitarbeitslose

(Antrag Ziffer 2 des Stadtratsbeschlusses)

„Das Sozialreferat wird beauftragt zu überprüfen, welche Förderinstrumente sinnvoll und nötig sind, um Menschen im erwerbsfähigen Alter, die bereits länger als zwei Jahre im Leistungsbezug des SGB II sind, wieder in Arbeit zu integrieren. Hierfür wird dem Stadtrat ein Konzept für eine Studie vorgelegt, deren Ziel es sein soll, eine Gruppe von Münchner Langzeitarbeitslosen hinsichtlich ihrer sozio-demographischen Struktur zu untersuchen und sie beim Versuch, wieder eine Beschäftigung zu finden, über einen noch zu bestimmenden Zeitraum wissenschaftlich zu begleiten. Bei der Auswahl der an der Studie teilnehmenden Personen ist darauf zu achten, dass Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen und Alleinerziehende in ausreichendem Maße berücksichtigt werden.“

Das Referat für Arbeit und Wirtschaft hat das Sozialreferat gebeten, von dieser Studie vorerst Abstand zu nehmen. Als für die Themen Beschäftigung und Qualifizierung federführend zuständiges Referat etabliert das Referat für Arbeit und Wirtschaft für die in der Studie beabsichtigte vorgesehene Zielgruppe den Dritten Arbeitsmarkt (vgl. Beschluss des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft vom 22.09.2015, Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 00453).

Nachhaltigkeitsquoten

(Antrag Ziffer 3 des Stadtratsbeschlusses)

„Das Sozialreferat wird beauftragt, gemeinsam mit dem Jobcenter München zu prüfen, inwieweit Nachhaltigkeitsquoten für verschiedene Zielgruppen (Personen unter 25 und über 50 Jahren, Menschen mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen) differenziert ausgewiesen werden können. Der Stadtrat ist über diese Daten im Rahmen der jährlichen Geschäfts- und Steuerungsberichte des Sozialreferates zu informieren.“

Aus Sicht des Sozialreferats können die vorliegenden Daten zur nachhaltigen Integration weiterhin nicht im jährlichen Geschäfts- und Steuerungsbericht zielgruppenspezifisch aufgenommen werden, da sie wenig aussagekräftig bezüglich der nachhaltigen Integration in ein gesichertes Beschäftigungsverhältnis sind. Der so gemessene Indikator „Nachhaltigkeit“ ist nicht aussagekräftig, da nicht festgehalten wird, ob die ursprüngliche Integration ursächlich für das aktuell bestehende Beschäftigungsverhältnis gewesen ist oder ob innerhalb eines Jahres mehrere kurzfristige Beschäftigungsverhältnisse bestanden haben. Ferner haben Unterbrechungen der sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit(en) keine Auswirkungen auf die Nachhaltigkeitsbetrachtung.

Die Landeshauptstadt München hat keine Möglichkeit, auf die Statistik der Bundesagentur für Arbeit Einfluss zu nehmen.

Vermittlung von wohnungslosen Haushalten

(Antrag Ziffer 4 des Stadtratsbeschlusses)

„Das Sozialreferat wird beauftragt, dem Stadtrat bis Ende des 3. Quartals 2013 darzulegen, wie die Vermittlung von wohnungslosen Haushalten in Wohnraum optimiert werden kann.“

Hierzu wurde der Stadtrat mit Beschluss der Vollversammlung vom 09.04.2014 (Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 14141) informiert und das weitere Vorgehen beschlossen.

Studie Kinder- und Jugendarmut

(Antrag Ziffer 5 des Stadtratsbeschlusses)

„Das Sozialreferat wird beauftragt, dem Stadtrat bis Ende des 4. Quartals 2013 ein Konzept für eine Studie, welche die armutsbedingten Lebenslagen von Münchner Kindern und Jugendlichen umfänglich, unter Berücksichtigung der subjektorientierten Sichtweise, beschreiben soll, vorzulegen.“

Das Sozialreferat/Stadtjugendamt wird bis auf Weiteres die Studie aufgrund von Haushaltskürzungen zurückstellen müssen. Für den Münchner Armutsbericht 2017 ist geplant, vorhandene Daten und Informationen u.a. aus der laufenden

Online-Jugendbefragung aufzubereiten. Diese eignen sich als partizipativ ermittelte Analyse von Lebenslagen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen (15 bis 21 Jahren) in München. Partizipativ ermittelte Daten und Informationen zu armutsbedingten Lebenslagen von Kindern (bis 14 Jahren) sind nicht ohne Ressourcenausweitung realisierbar.

Unterhaltsvorschuss

(Antrag Ziffer 6 Stadtratsbeschlusses)

„Der Herr Oberbürgermeister wird gebeten, sich über den Deutschen Städtetag an den Gesetzgeber zu wenden mit dem Ziel, dass die Zahlung des Unterhaltsvorschusses bis zum vollendeten 18. Lebensjahr gesetzlich geregelt wird.“

Die Sozialreferentin hat sich mit Schreiben vom 16.01.2013 an den Deutschen Städtetag gewandt und eine von der Bundestagsfraktion DIE LINKE geplante Gesetzesinitiative gestützt, die eine entsprechende Änderung des Unterhaltsvorschussgesetzes (UVG) zum Inhalt haben sollte.

Hierzu hat die Bundestagsfraktion DIE LINKE zwischenzeitlich zwei Anträge in den Bundestag eingebracht (BT-Drucksache 18/983 und 18/6651), wobei sich ersterer nur auf die Änderung des UVG bezog, der zweite jedoch darüber hinausgehende Forderungen enthielt. Der erste Antrag wurde mit den Stimmen der Regierungsfractionen abgelehnt, über den zweiten Antrag wird noch verhandelt.

Bildungs- und Teilhabepaket

(Antrag Ziffer 7 des Stadtratsbeschlusses)

„Der Herr Oberbürgermeister wird gebeten, sich mit einem Schreiben an die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu wenden, um die im Vortrag erläuterten Verbesserungen am Bildungs- und Teilhabepaket zu erreichen.“

Bei den angesprochenen Verbesserungen handelt es sich um eine frühzeitige Lernförderung, die nicht von einer konkreten Versetzungsgefährdung des Kindes abhängig ist, sowie um eine Förderung der Kinder für einen Wechsel an weiterführende Schulen. Eine solche Förderung ist bei strenger Auslegung des bisherigen Gesetzestextes bislang nicht möglich, da dieser lediglich von „... nach den schulrechtlichen Bestimmungen festgelegten wesentlichen Lernzielen...“ spricht.

Ein Schreiben des Herrn Oberbürgermeisters ist angesichts der laufenden Diskussion zur Rechtsvereinfachung im SGB II bislang nicht ergangen. Das Sozialreferat hat aber im Rahmen dieser Diskussion auf Arbeitsebene bereits eine Konkretisierung des Begriffes „wesentliche Lernziele“ und die Ausweitung der Fördermöglichkeiten für Übertritte an weiterführende Schulen gefordert. Es bedarf hier einer bundeseinheitlichen Regelung, die

bislang aber noch nicht in Kraft getreten ist. Es muss daher abgewartet werden, ob und ab wann die gewünschten Änderungen in Kraft treten. Sollten die gewünschte Konkretisierung und (damit) die erweiterten Fördermöglichkeiten nach Neufassung des SGB II nicht enthalten sein, wird ein erneuter Vorstoß der Stadt erfolgen.

Aufhebung der Pauschalierung der Regelsätze

(Antrag Ziffer 8 des Stadtratsbeschlusses)

„Der Herr Oberbürgermeister wird gebeten, sich nochmals über den Deutschen Städtetag an den Gesetzgeber zu wenden, um die Pauschalierung der Regelsätze im SGB XII und SGB II aufzuheben sowie einmalige Leistungen in Notlagen analog des BSHG wieder einzuführen und die Vermögensfreigrenzen im SGB XII denen des SGB II anzugleichen.“

Mit Schreiben vom 25.08.2015 hat sich der Herr Oberbürgermeister direkt an die Bundesministerin für Arbeit und Soziales gewandt und gebeten, die Pauschalierung der Regelbedarfe im Rahmen der laufenden Regelbedarfsfeststellung nochmals zu überdenken und die (Wieder-)Einführung einmaliger Leistungen gefordert. Darüber hinaus hat er auf die erforderliche Anpassung der Vermögensfreigrenzen im SGB XII auf SGB II-Niveau hingewiesen.

In ihrem Antwortschreiben vom 31.10.2015 stellt die Bundesministerin jedoch nur in Aussicht, dass sie „... eine den Vorgaben des BVerfG entsprechende Neuermittlung der Regelbedarfe auf Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2013 vornehmen und die Wechselwirkung zu unregelmäßig auftretenden Bedarfslagen berücksichtigen ...“ werde, stellt jedoch auch unmissverständlich klar, dass an eine Einführung einmaliger Leistungen grundsätzlich nicht gedacht werde. Diese führten zu niedrigeren Regelbedarfen, da diese „unregelmäßigen Bedarfslagen“ nur einmal berücksichtigt werden können, zum anderen seien einmalige Leistungen mit einem erheblichen Verwaltungsaufwand verbunden.

Die „... Einschätzung zur Notwendigkeit, den Vermögensfreibetrag im SGB XII auf das Niveau des SGB II anzuheben ...“ teile sie nicht. Dass es im SGB II höhere Freigrenzen gibt, begründet sie mit dem „... vorübergehenden Leistungsbezug bis zur Aufnahme einer auskömmlichen Erwerbstätigkeit“. Deshalb werde im SGB II ein weniger weit gehender Vermögenseinsatz zugestanden, wohingegen im SGB XII aufgrund des meist dauerhaften Hilfebezugs diese „... Privilegierung nicht angezeigt ...“ sei.

Das Sozialreferat beabsichtigt, diese Sichtweise des Bundesministeriums im nächsten Münchner Armutsbericht 2017 aufzugreifen.

Erhöhung des Kinderzuschlags

(Antrag Ziffer 9 des Stadtratsbeschlusses)

„Der Herr Oberbürgermeister wird gebeten, sich über den Deutschen Städtetag für eine Erhöhung des Kinderzuschlags einzusetzen.“

Die Landeshauptstadt München hat sich im Rahmen einer Stellungnahme zu einem Diskussionspapier der Hauptgeschäftsstelle des Deutschen Städtetags zum Verhältnis Wohngeld und Kosten der Unterkunft im SGB II im Dezember 2013 auch zur notwendigen Weiterentwicklung des Kinderzuschlags als weitere Leistung zur Vermeidung von Hilfebedürftigkeit geäußert.

Dabei wurde dem Städtetag mitgeteilt, dass wir „... eine Weiterentwicklung des Kinderzuschlags für sinnvoll halten, um in den Fällen, in denen nur die Bedarfe von Kindern nicht gedeckt werden können, in Kombination mit dem Wohngeld Hilfebedürftigkeit nach dem SGB II zu vermeiden“. Unseres Erachtens wäre „... dieses Ziel am besten durch eine den Regelsätzen entsprechende Altersstaffelung der zu bewilligenden Beträge und durch eine Berücksichtigung hoher Kosten für die Unterkunft (evtl. ähnlich der Mietstufen im Wohngeldgesetz) ...“ zu erreichen. Die vorrangigen Leistungssysteme Wohngeld und Kinderzuschlag müssen deshalb so ausgebaut werden, dass nur Personen vom Jobcenter betreut und mit SGB II-Leistungen versorgt werden müssen, die diese Hilfe nach Sinn und Zweck des Gesetzes tatsächlich benötigen.

Im Rahmen des Gesetzes zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderzuschlags vom 16.07.2015 wurde § 6a des Bundeskindergeldgesetzes geändert und der höchstmögliche Kinderzuschlag mit Wirkung vom 01.07.2015 von 140,00 Euro auf 160,00 Euro pro Monat und Kind erhöht. Ob und in welchem Umfang diese Erhöhung tatsächlich Hilfebedürftigkeit nach dem SGB II abbauen konnte, wird im nächsten Münchner Armutsbericht 2017 aufgegriffen.

Girokonten auf Guthabenbasis

(Antrag Ziffer 10 des Stadtratsbeschlusses)

„Der Herr Oberbürgermeister wird gebeten, sich über den deutschen Städtetag dafür einzusetzen, dass eine gesetzliche Verpflichtung der Kreditwirtschaft zur Einrichtung von Girokonten auf Guthabenbasis geschaffen wird.“

Aufgrund diverser Aktivitäten verschiedener Akteure auch aus der Schuldner- und Verbraucherberatung auf europäischer Ebene wurde am 23.07.2014 die Richtlinie 2014/92EU des Europäischen Parlaments und des Rates über die Vergleichbarkeit von Zahlungskontoentgelten, den Wechsel von Zahlungskonten und den Zugang zu Zahlungskonten mit grundlegenden Funktionen (sog. Zahlungskontorichtlinie)

beschlossen. Diese ist bis zum 18.09.2016 in deutsches Recht umzusetzen. Die Bundesregierung hat hierzu am 28.10.2015 einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt, welcher für jede Verbraucherin und jeden Verbraucher mit rechtmäßigem Aufenthalt in der EU einen Rechtsanspruch auf Abschluss eines Basiskontovertrags bei Kreditinstituten, die Girokonten anbieten, vorsieht. Anspruchsberechtigt sind auch Personen ohne festen Wohnsitz und Asylsuchende sowie Personen ohne Aufenthaltstitel, die aber aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht abgeschoben werden können. Aus der Begründung zum Gesetzentwurf der Bundesregierung wird deutlich, dass die seit 1995 existierende Empfehlung der Spitzenverbände der Deutschen Kreditwirtschaft zum „Girokonto für Jedermann“ offenbar nicht ausreichend umgesetzt wurde. Diesbezüglich wird darauf hingewiesen, dass Ende 2011 gemäß vorliegender Hochrechnungen rund 579.000 Menschen in Deutschland über kein Girokonto verfügen. Schätzungen der EU-Kommission vom Februar 2013 gehen sogar von bundesweit fast einer Million Menschen ohne eigenes Girokonto aus.

Auch in den sozialen Beratungsstellen des Sozialreferats und der Wohlfahrtsverbände werden immer wieder Fälle offenkundig, die deutlich machen, dass auch Münchner Bürgerinnen und Bürger aus diversen Gründen trotz intensiver Bemühungen über kein eigenes Girokonto verfügen und nicht am bargeldlosen Zahlungsverkehr teilnehmen können.

Der vorliegende Gesetzentwurf der Bundesregierung wird hier Abhilfe schaffen und ist daher zu begrüßen. Vor diesem Hintergrund ist eine Intervention des Herrn Oberbürgermeisters über den Deutschen Städtetag mit der oben genannten Intention aus Sicht des Sozialreferats nicht mehr erforderlich.

Inklusive Kindertagesbetreuung

(Antrag Ziffer 11 des Stadtratsbeschlusses)

„Der Herr Oberbürgermeister wird gebeten, sich mit einem Schreiben an das Bayerische Kultusministerium zu wenden, in dem gefordert wird, das BayEUG sowie die Finanzierungsvorgaben zur Kindertagesbetreuung so zu novellieren, dass sie mit den Vorgaben der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen vereinbar sind und allen Kindern mit Behinderungen den Zugang zur Regelschule ermöglichen.“

Anlässlich der Verpflichtung, die Anforderungen aus der UN-BRK in die Landesgesetzgebung einfließen zu lassen, wurde das BayEUG mit Wirkung zum 1. August 2011 geändert. Ein Schreiben mit der ursprünglichen Intention ist daher derzeit nicht zielführend. Über die rechtliche und strukturelle Umsetzung der UN-BRK in Deutschland wird dem UN-Fachausschuss zur UN-BRK durch die Bundesregierung und die deutsche unabhängige Monitoringstelle (Deutsches Institut für Menschenrechte e.V.) berichtet.

Mit Artikel 24 der UN-BRK wird für Kinder mit Beeinträchtigungen eine diskriminierungsfreie und gleichberechtigte Teilhabe an allen Bildungsangeboten eingefordert. Sie müssen einen gleichberechtigten Zugang zu einem hochwertigen Unterricht an Grundschulen und weiterführenden Schulen haben und alle nötigen Unterstützungsleistungen und angemessenen Vorkehrungen sind zu treffen, um diesen Zugang zu gewährleisten.

Daraus wird deutlich, dass die Transformation des Bildungswesens insbesondere im schulischen Bereich nach Reformschritten nicht nur auf der rechtlichen, sondern auf vielen weiteren Ebenen verlangt. Für die praktische Umsetzung spielen u.a. Strategien sowie Zeit- und Zielvorstellungen auf staatlicher wie kommunaler Seite eine Rolle. So müssen beispielsweise qualitätsgesicherte Verfahren der Identifizierung von Förderbedarfen oder flexible Formen der Ressourcensteuerung von Unterstützungsmöglichkeiten gefunden werden. Die allgemeine Lehrerbildung ist um sonderpädagogische Kompetenzen zu erweitern, Lehrkräfte, Eltern und Mitschülerinnen und -schüler müssen eine positive Einstellung zur Inklusion gewinnen, Schulgebäude sind baulich den jeweiligen Bedarfen anzupassen und vieles mehr.

Das Referat für Bildung und Sport beschreitet diesen Veränderungsprozess aktiv. Am 07.10.2015 wurde der Beschluss "Inklusion im Kindertageseinrichtungs- und Schulbereich. Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Sachstandsbericht und Konzeption." dem Bildungsausschuss vorgelegt. Am 10.12.2015 hat das Referat für Bildung und Sport die 6. Münchner Bildungskonferenz als Zukunftswerkstatt zum Thema Inklusion veranstaltet, aus der Handlungsempfehlungen hervorgegangen sind. Mit der geplanten Einrichtung einer Strategiegruppe Inklusion wird künftig ein Gremium existieren, in dem die weitere Entwicklung einer inklusiven Münchner Bildungslandschaft strategisch entworfen wird. Entwicklungen und Fortschritte auf dem Gebiet Inklusion wurden zuletzt durch den Münchner Bildungsbericht 2016 dargestellt. Gemeinsames Ziel ist, möglichst allen Kindern mit Behinderung den Besuch einer Regelschule zu ermöglichen.

Auch beim Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz sieht das Referat für Bildung und Sport den Inklusionsgedanken verwirklicht. So heißt es in seiner Stellungnahme: „Mit dem Gesetz zur Änderung des Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetzes vom 11.12.2012, das am 01.01.2013 in Kraft trat, wird die Teilhabe von Kindern mit Behinderung am allgemeinen Bildungssystem der Kindertageseinrichtungen betont. Der bereits bisher bestehende (Integrations-) Inklusionsansatz der Kindertageseinrichtungen wurde herausgestellt und der Umsetzungswille der UN-BRK verdeutlicht. Durch Änderung von Art. 6 Abs. 1 Satz 2 wird etwa zum Ausdruck gebracht, dass bei der Planung der Versorgung mit Plätzen in Kindertageseinrichtungen und in Tagespflege nicht mehr allein die Versorgung mit generellen Integrationsplätzen im Fokus steht, sondern die Versorgung

mit Plätzen für Kinder mit bestehender oder drohender Behinderung mit Blick auf Art. 4 Abs. 2 (Diskriminierungsverbot), Art. 7 (Rechte der Kinder mit Behinderung) und 24 (Recht auf Bildung) der UN-BRK (Art. 6 Abs. 1 Satz 2 BayKiBiG).

Hierbei sind die Bedürfnisse von Kindern mit bestehender oder drohender Behinderung an einer wohnortnahen Betreuung in einer Kindertageseinrichtung im Sinn dieses Gesetzes zu berücksichtigen (Art. 7 Satz 2 BayKiBiG). Ausgehend von der bisherigen integrativen Arbeit ist nun die pädagogische Arbeit an der Vielfalt des menschlichen Lebens auszurichten. Jedes Kind ist unterschiedslos in die Bildungs- und Erziehungsprozesse einzubinden und entsprechend seinen Bedürfnissen individuell zu fördern (Art. 11 BayKiBiG) mit dem Ziel, die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen (Art. 12 BayKiBiG). Dabei hat das pädagogische Personal die besonderen Bedürfnisse von Kindern mit Behinderungen und Kindern mit drohender Behinderung in seiner pädagogischen Arbeit zu berücksichtigen. Der Finanzierungsrahmen im BayKiBiG (x-Faktor) wurde insoweit angepasst, dass die bestehende Regelung um die Anforderung einer Trägervereinbarung erweitert wurde und die Regelungen auch auf § 35a ff. SGB VIII ausgeweitet wurden.

Für Eingliederungshilfeleistungen für seelisch behinderte Schulkinder (vgl. § 35a SGB VIII) besteht derzeit eine begrenzte, finanzierte Bereitstellung von Plätzen in München. Es gibt aktuell eine Kontingentierung auf 25 Plätze in Horten und eine geplante Ausweitung auf 30 weitere Plätze. Dadurch ist eine bedarfsgerechte, wohnortnahe Versorgung noch immer nicht sichergestellt, denn der Platzbedarf ist nachweislich höher. Seelisch behinderte Schulkinder werden deshalb weiterhin u.a. auch in Kindertageseinrichtungen ohne die entsprechend erforderlichen Rahmenbedingungen betreut und versorgt. Der Finanzierungsrahmen zur Schaffung weiterer Plätze gem. § 35a SGB VIII in München sollte diesbezüglich bedarfsgerecht noch besser angepasst werden.

Im Münchner Armutsbericht 2017, der im 4. Quartal 2017 erscheint, wird das Sozialreferat das Thema gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit Behinderungen bei den Handlungsfeldern und Handlungsempfehlungen erneut aufgreifen.

Fachkräftemangel

(Antrag Ziffer 12 des Stadtratsbeschlusses)

„Das Sozialreferat wird beauftragt, gemeinsam mit den Münchner Wohlfahrtsverbänden ein Gesamtkonzept zu entwerfen, mit dem es gelingen kann, auch künftig ausreichend Fachkräfte in den Bereichen Bildung, Erziehung, Gesundheit und Soziales zu gewinnen. Die zuständigen Referate der Landeshauptstadt München sind entsprechend einzubinden.“

Das Sozialreferat hat von dem Gesamtkonzept Abstand genommen, da inzwischen viele

Maßnahmen umgesetzt werden konnten, um Fachkräfte für die betroffenen Bereiche zu gewinnen. Dazu gehören u.a. Neukonzeption zur Gewinnung und Einarbeitung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Bezirkssozialarbeit (BSA), Beschluss der Vollversammlung vom 25.07.2012, Sitzungsvorlage Nr. 08-14 / V 08968, die Arbeitsmarktzulage von 200 Euro für städtische Erzieherinnen und Erzieher und pädagogische Fachkräfte (Beschluss der Vollversammlung vom 22.10.2014, Sitzungsvorlage Nr. 14- 20 / V 01090) sowie die Arbeitsmarktzulage für Erzieherinnen und Erzieher freigemeinnütziger und sonstiger Träger Münchner Kindertageseinrichtungen, die im Rahmen der Münchner Förderformel, als Betriebsträger, mit Defizitvertrag oder im Rahmen des Eltern-Kind-Initiativen Fördermodells gefördert werden (Beschluss der Vollversammlung vom 17.12.2014, Sitzungsvorlage Nr. 14 – 10 / V 01829). Darüber hinaus wurde mit den Beschluss der Vollversammlung vom 29.07.2015 (Sitzungsvorlage 14-20 / V 03569) die Weiterentwicklung der Wohnraumversorgung für städtische Dienstkräfte beschlossen und mit Beschluss vom 29.07.2015 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 02466) über die aktuellen Entwicklungen auf dem Gebiet der mittelfristigen Personalplanung sowie über den „stadtinternen Arbeitsmarkt“ informiert.

Seit der Erstellung des Armutsberichts 2011 hat der Fachkräftemangel in den sozialen, gesundheitlichen und pflegerischen Berufen durch den Zuzug von Flüchtlingen eine weitere Dimension erhalten. Aufgrund der Fluchterfahrung und des Migrationshintergrunds von Flüchtlingen sind spezifische Schulungen und die Akquise von Fachpersonal mit interkulturellen Kompetenzen notwendig. Diese finden bei der Personalplanung (z.B. in allen Dienststellen des Sozialreferates und deren Unterstützungshilfen, d.h. Angeboten/Leistungen sowie in der Wohlfahrt) Berücksichtigung.

„Dritter“ Beschäftigungsmarkt

(Antrag Ziffer 13 des Stadtratsbeschlusses)

„Das Sozialreferat wird beauftragt, gemeinsam mit dem Referat für Arbeit und Wirtschaft, dem Jobcenter München und den Münchner Wohlfahrtverbänden zu eruieren, ob und wie in München ein sozialer bzw. „dritter“ Beschäftigungsmarkt geschaffen werden kann. Dem Stadtrat ist spätestens im 4. Quartal 2013 zu berichten.“

Der Dritte Arbeitsmarkt wurde mit Beschluss des Ausschusses für Arbeit und Wirtschaft vom 22.09.2015 ein eigenständiger, dauerhafter Programmteil innerhalb des Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramms (Sitzungsvorlage Nr. 14-20 / V 00453). Geplant ist die Einrichtung von 100 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsstellen sowie 100 Soziale Hilfe-Stellen, ähnlich den jetzigen AGH-Stellen. Für das Programm Dritter Arbeitsmarkt werden jährlich Mittel bis zu 3 Mio. Euro eingesetzt.

Die Bekanntgabe ist mit dem Referat für Arbeit und Wirtschaft und dem Referat für Bildung und Sport abgestimmt.

Dem Korreferenten, Herrn Stadtrat Müller, dem Verwaltungsbeirat, Herrn Stadtrat Utz, der Stadtkämmerei, der Frauengleichstellungsstelle, dem Referat für Arbeit und Wirtschaft, dem Referat für Bildung und Sport, dem Personal- und Organisationsreferat und dem Sozialreferat/Stelle für interkulturelle Arbeit ist ein Abdruck der Sitzungsvorlage zugeleitet worden.

II. Bekanntgegeben

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München

Die Vorsitzende

Die Referentin

Christine Strobl
Bürgermeisterin

Brigitte Meier
Berufsm. Stadträtin

III. Abdruck von I. mit III.

über den Stenographischen Sitzungsdienst
an das Direktorium – Dokumentationsstelle
an die Stadtkämmerei
an das Revisionsamt

z.K.

IV. Wv. Sozialreferat

1. Die Übereinstimmung vorstehenden Abdrucks mit der beglaubigten Zweitschrift wird bestätigt.
2. **An das Sozialreferat, S-III-M**
An die Frauengleichstellungsstelle
An das Sozialreferat, S-Z-P/LG
An das Sozialreferat, S-II-L
An das Sozialreferat, S-III-L
An das Sozialreferat, S-IV-LBS
An das Referat für Bildung und Sport
An das Referat für Arbeit und Wirtschaft
An das Personal-und Organisationsreferat

z.K.

Am

I.A.